**Senatskanzlei** *09*. Juni 2017

**Frage Nr. 23** *(Land)*

**Tischvorlage für die Sitzung des Senats am 13.06.2017**
„Bremer Erklärung“
Anfrage für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Land)

## A. Problem

Der Abgeordnete Alexander Tassis (AfD) hat für die Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Land) folgende Anfrage an den Senat gestellt:

Ich frage den Senat:

1. Wie bewertet der Senat die Aussagen der einzigartigen „Bremer Erklärung“, dass AfD-Mitglieder „kein Forum bekommen“ sollen, und zwar weder in „unseren Betrieben“, „in unseren Hochschulen“ … noch „im Parlament“, hinsichtlich angemaßter Besitzverhältnisse öffentlicher Institutionen durch die Unterzeichner einerseits und der offenkundig gemeinten Bremischen Bürgerschaft andererseits, in denen der AfD kaum das Forum verweigert werden kann?

2. Hat der Senat Erkenntnisse darüber, ob bekennenden Wählern, Unterstützern oder Mitgliedern der Alternative für Deutschland Nachteile an den Hochschulen Bremens entstehen oder dass der AfD-Nähe „verdächtige“ Betriebsräte an ihrer Arbeit als gewählte Vertreter der Belegschaft gehindert werden?

3. Hat der Senat Erkenntnisse darüber, auf welchen Wegen künftig die Unterzeichner es verhindern wollen, dass der Einzelabgeordnete der Alternative für Deutschland sein „Forum“ im Parlament nutzt, wie er auf anderen Ebenen daran gehindert werden soll, ein solches zu bekommen, wie Wähler, Unterstützer und Mitgliedern der AfD gleiches an Bremer Hochschulen verweigert zu werden beabsichtigt ist, und wie Betriebsräte an der Ausübung ihrer Pflichten gehindert werden sollen?

## B. Lösung

Auf die vorgenannte Anfrage wird dem Senat folgende Antwort vorgeschlagen:

Zu 1:
Der Senat begrüßt grundsätzlich privates Engagement, das sich für eine Stärkung der demokratischen Kultur einsetzt. Darüber hinaus enthält sich der Senat aber jeglicher Bewertung im Zusammenhang mit Wahlen.

Zu 2:
Nein, darüber liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

Zu 3:
Nein, darüber liegen dem Senat keine Erkenntnisse vor.

**C. Alternativen**
Keine.

**D. Finanzielle, personalwirtschaftliche Auswirkungen und Gender-Prüfung**
Die Beantwortung der Anfrage hat keine finanziellen und personalwirtschaftlichen Auswirkungen sowie keine genderspezifischen Auswirkungen.

**E. Beteiligung und Abstimmung**
Nicht erforderlich.

**F. Öffentlichkeitsarbeit und Veröffentlichung nach dem Informationsfreiheitsgesetz**
Geeignet nach Beschlussfassung im Senat. Einer Veröffentlichung über das zentrale elektronische Informationsregister steht nichts entgegen.

**G. Beschluss**
Der Senat stimmt entsprechend der Vorlage der Senatskanzlei vom 09.06.2017 einer mündlichen Antwort auf die Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) in der Fragestunde der Bremischen Bürgerschaft (Land) zu.